SPD Fraktion ● Marktstraße 8 ● 25813 Husum

Bedarfsanalyse belegt: Nordfriesland braucht ein Frauenhaus!

Seit Beginn des vergangenen Jahres setzen sich alle demokratischen Fraktionen im Kreistag für die Gründung eines Frauenhauses in Nordfriesland ein. Dies mündete im Herbst in eine formale Interessenbekundung des Kreises beim Land. Ziel ist eine möglichst schnelle Errichtung eines Frauenhauses im Kreis Nordfriesland, der als einziger Kreis im Land neben Schleswig-Flensburg ohne diesen wichtigen Teil der Daseinsvorsorge auskommen muss.

„*In der Zwischenzeit wurde vom Land eine Bedarfsanalyse des Hilfeangebotes für gewaltbetroffene Frauen in Schleswig-Holstein in Auftrag gegeben.*[1] *Nachdem diese nun nach langem Warten veröffentlicht wurde, ist es aus Sicht der SPD-Kreistagsfraktion an der Zeit, die nächsten Schritte zu vollziehen. Ein Frauenhaus in Nordfriesland ist nicht nur realistisch, sondern auch absolut sinnvoll. Hier ist das Land in der Pflicht*“, berichtet der SPD-Kreistagsfraktionsvorsitzende Thomas Nissen.

Das Land Schleswig-Holstein übernimmt über das Finanzausgleichsgesetz (FAG) die Aufgabe, für ein flächendeckendes Netz an Schutzmöglichkeiten zu sorgen. In der Bedarfsanalyse ist festgehalten, dass das Angebot für hilfebedürftige Frauen und deren Kinder „sowohl flächendeckend als auch regional auskömmlich sein" soll.

„*Die Erkenntnis der Bedarfsanalyse, dass bei der erforderlichen Erweiterung von Platzkapazitäten das Kriterium der Einwohner*innenzahl vor allem im Sinne der Flächenabdeckung Beachtung finden und Versorgungslücken in den nördlichen Landkreisen prioritär geschlossen werden sollten, kommt wahrlich nicht überraschend. Wie wir bereits vermutet hatten, ist sogar ein Bedarf für ein Frauenhaus nicht nur in Nordfriesland, sondern auch im Kreis Schleswig-Flensburg, der das gleiche Ziel wie wir hat, ersichtlich. Für uns ist daher klar: Wir fordern von der Landesregierung ein Frauenhaus sowohl in Nordfriesland als auch in Schleswig-Flensburg! Eine Konkurrenzsituation zwischen beiden Kreisen, die viele befürchtet hatten, muss gar nicht zum Tragen kommen. Wenn die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen den ländlichen Raum und die Daseinsvorsorge in strukturschwachen Regionen wirklich stärken möchten, müssen sie auf diese*

[1] https://www.schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/Themen/Soziales/SchutzVonFrauenVorGewalt/Downloads/210205_frauenGewalt_bedarfsanalyse_lang.pdf?__blob=publicationFile&v=3

VORSITZENDER Thomas Nissen nissen-thomas@t-online.de Tel.: 04664 - 98 32 17
GESCHÄFTSFÜHRER Carsten F. Sörensen c-f-soerensen@t-online.de Tel.: 04662 - 54 82
BANKVERBINDUNG Nord-Ostsee Sparkasse IBAN DE44 2175 0000 0000 0044 73 BIC NOLADE21NOS

Forderung eingehen“, macht der Kreistagsabgeordnete Truels Reichardt, der Mitglied im zuständigen Arbeits- und Sozialausschuss ist, deutlich.

Unterstützt wird die Forderung der SPD-Kreistagsfraktion durch Zahlen aus der Bedarfsanalyse. So haben die schleswig-holsteinischen Frauenhäuser aktuell eine Auslastungsquote von ca. 95%. Gleichzeitig wurden im Jahr 2019 ca. 4300 Aufnahmeanfragen von Frauen – häufig mit ihren Kindern – abgewiesen. Eine Modellrechnung ergibt einen zusätzlichen Bedarf zwischen 67 und 101 Plätzen.

„Hinter jeder abgewiesenen Person steckt ein dramatischer Einzelfall. Der aktuelle Zustand ist nicht akzeptabel. Im Sinne dezentraler Hilfestrukturen und um Rechnung zu tragen, dass viele Frauen und Kinder aufgrund der Bindung an Arbeit, Schule, Kindergarten und auch sozialer und familiärer Beziehungen in Wohnortnähe verbleiben wollen, ist mit Blick auf den weißen Fleck im Norden von Schleswig-Holsteins Landkarte klar, wo zusätzliche Plätze geschaffen werden müssen. Und auch für die Frauen, die aus Gründen der Sicherheit weiter Weg von ihrem Wohnort fliehen müssen, bieten Nordfriesland und auch Schleswig-Flensburg nur Vorteile”, so Reichardt weiter.

„Wir werden als SPD-Kreistagfraktion jegliche Bestrebungen zur Verbesserung der Situation von schutzbedürftigen Frauen in unserer Region unterstützen. Dazu zählt für uns, dass wir uns in den Kreisgremien aber auch parteipolitisch weiter dafür einsetzen werden, ein Frauenhaus nach Nordfriesland zu bekommen. Zwar ist das Land vor allem finanziell vorrangig in der Pflicht. Aber wir erkennen an, dass auch wir in der Verantwortung stehen. Zuständigkeiten interessieren eine Frau, die Schutz sucht, nicht. Bund, Land und Kreis müssen diese Aufgabe gemeinsam meistern. Außerdem ist für uns klar, dass das erfolgreiche Modell der Frauenschutzwohnungen in Nordfriesland, für die wir uns Ende letzten und Anfang diesen Jahres vehement eingesetzt haben, auch langfristig bestehen bleiben soll. Denn hier wird noch ein anderer Bedarf als über ein Frauenhaus gedeckt“, so Nissen abschließend.